

Der VDGAB auf der DCONex

Vom 19. bis 20. Mai 2011 fand auf dem Messegelände in Augsburg die zweite Veranstaltung DCONex statt, Messe und Kongress für Schadstoff Management und Altlastensanierung, rund um das Thema Schadstoffsanierung in Gebäuden und im Boden.

Der VDGAB war auf dieser Messe als einer der Kompetenzpartner mit einem eigenen Stand und zwei eigenen Beiträgen im Messeforum vertreten.

Der Kongress war überraschend stark besucht – und dennoch hätte man ihm eine Vielzahl von Vertretern insbesondere der öffentlichen Auftraggeber von Nutzungsänderungen, Rekonstruktionen und Sanierungen im Gebäudebestand zusätzlich gewünscht. Natürlich wurde von gelungenen Maßnahmen berichtet, aber noch mehr war aus Berichten über fehlgeschlagene Sanierungen zu lernen, die im Extremfall bis zum Abbruch des besonders kostengünstig „sanierten“ Gebäudes reichten.

Der Inputbeitrag kam noch vor der offiziellen Messeeröffnung von Volker Andres, Chefredakteur der ZDF-Umweltredaktion. Sauber recherchiert spannte er den Bogen von der zu erwartenden Auftragszunahme für die Schimmelpilzschadensanierer infolge des gerade ausgerufenen verstärkten Programms der energetischen Sanierung im Gebäudebestand – die sich eben nicht allein auf Abdichten und Verringern des Luftwechsels beschränken darf, sondern intelligentere Lösungen verlangt –, über die Probleme, die der Ersatz der lösemittelhaltigen Teppich- und Fußbodenkleber durch solche, die schwerflüchtige Ersatzstoffe in denselben bereiten und die damit letztlich die Schadstoffbelastung vom ausbringenden Beschäftigten und der Umwelt auf den späteren Nutzer der Räume verlagern, bis hin zum Formaldehyd, das noch immer in Möbeln und anderen Produkten enthalten ist – in Deutschland mehr, in Kalifornien weniger, in Frankreich auch weniger. Obwohl der Verkäufer der Möbel derselbe ist. Und er lenkte den Blick weit über unsere Grenzen, nach China, wo jährlich nach Angabe offizieller chinesischer Stellen 2,3 Millionen Kinder durch Innenraumschadstoffe sterben, die meisten jünger als 5 Jahre alt, und mehr als die Hälfte der Todesfälle seien auf Formaldehyd zurückzuführen.

Der erste große Vortragsblock gehörte den Juristen, die über Ausschreibung, Präqualifikation, Fachbetriebsbeauftragung, Billiganbieter, Nachträge bei Ausschreibungsmängeln und Haftung diskutierten. In der Diskussion wurde deutlich, dass sich gerade die Vertreter öffentlicher Auftraggeber des Dilemmas bewusst sind, in welchem sie sich befinden. So ist die bauvorbereitende Schadstoffsuche im bestehenden Gebäude zum Teil bewusst zu beschränken, um nicht zu finden, was zu entfernen man nicht bezahlen kann. Andererseits steht das beauftragte Ingenieurbüro – so die Juristen einheitlich – in der Pflicht, auf weiteren Verdacht oder Zufallsbefundung hinzuweisen. Im Extremfall dürfe, so die juristische Meinung, besser kein als ein falsches weil in der Aussage bewusst beschränktes Gutachten abgegeben werden. Offen blieb, wer dann die Arbeit für den Papierkorb bezahlen würde, und wer der wirkliche Verlierer solcher Verfahrensweise wäre. Ist es bezeichnend, dass nach Angabe der Kongressleitung unter den Teilnehmern, die die Zustimmung zur Aufnahme in das Teilnehmerverzeichnis nicht erteilten, besonders viele Vertreter öffentlicher Auftraggeber waren?

Überhaupt war der Auftraggeber immer wieder Adressat vieler Informationen. Andreas Feigemunzig, BG Bau, stellte die (schon gar nicht mehr so neue) TRGS 524 – Sanierung – vor. Ohne Vorerkundung durch den Auftraggeber, ohne Arbeits- und Sicherheitsplan als Grundlage der Ausschreibung kann der potentielle Auftragnehmer keine angemessenen Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes seiner Beschäftigten planen, kalkulieren und treffen. Juristisch sauber ist

zwar eine Informations-, also eine Holpflicht des Auftragnehmers in der Gefahrstoffverordnung verankert, aber kann geholt werden, was nicht bereitgestellt ist?

Um derzeitige Inhaltsstoffe von Farben, Klebern und anderen früher Lösemittel enthaltenden Baustoffen ging es in verschiedenen anderen Beiträgen. Lösemittelfrei heißt eben nicht schadstoffarm. Walter Dormagen stellte an konkreten Bauvorhaben dar, wie der Einsatz schwerflüchtiger Substanzen letztlich zu einer Unnutzbarkeit der sanierten und renovierten Räume führte. Ähnlich führte Peter Braun aus, wie Sanierungen an Gebäuden der Humboldt-Universität Berlin Schadstoffe nicht nur entfernten, sondern mit den neu eingebrachten Bauprodukten wieder hineintrugen. Nach diesen Präsentationen und Diskussionen erscheint es zwingend notwendig, die TRGS 610 und 612 unter erweiterten Aspekten zu betrachten und zu diskutieren und die Perspektive des späteren Nutzers einzubeziehen. Wenn auch, wie Gerd Zwiener vorstellte, das Umweltsiegel „Blauer Engel“ nicht das allein selig machende ist, weil bestimmte diesem zugrunde gelegten Richtwerte nur der Gefahrenabwehr und nicht dem Vorsorgeprinzip genügen, sollte das „Blaue Engel“ - Siegel bei Baustoffen als Mindestbedingung bei Ausschreibungen festgelegt werden. Andere öffentliche Auftraggeber, wie die Stadt Köln, haben auf der Grundlage finanziell schmerzlich schlechter Erfahrungen eigene, nicht öffentliche Positivlisten auf Schadstoffarmut geprüfter Baustoffe aufgestellt, nur diese dürfen in Bauten der Stadt verwendet werden.

Hochinteressante neue technologische Lösungen für In-situ-Sanierungen von Altlasten stellte Frank Pietschner von der Bauer Umwelt GmbH vor. In-situ-Sanierungen sind in dicht bebautem Altstadtbereich mit Denkmalsschutzaufgaben oftmals das Mittel der Wahl und werden auch von Behörden und Bevölkerung eher akzeptiert als aufwändige Auskofferungen oder on-site-Maßnahmen. Unter den vorgestellten Maßnahmen waren eine Verpressung in eine Altlast unter einem Keller eines denkmalgeschützten Gebäudes, der Eintrag elementaren Eisens als nano-Partikel zur unmittelbaren Reduktion von LCKW und die in-Situ-Immobilisierung durch eine patentierte Rührwerkkonstruktion mit drei bohrerähnlichen rotierenden Elementen.

Das Thema Asbest ist noch lange kein Thema von gestern, wies der langjährige Vorsitzende des VDGB, Gerd Albracht, mit beeindruckenden Zahlen aus Sicht der Europäischen Gemeinschaft nach. Nicht nur die Prognosen für die Folgen des früheren Asbesteinsatzes in den Staaten der Gemeinschaft - zwischen 2000 und 2030 sind 500.000 Todesfälle durch Asbestumgang zu erwarten, davon allein bis 2020 mindestens 126.000 Mesotheliomfälle -, auch die aktuellen und bevorstehenden Sanierungsmaßnahmen sind mehr als problematisch. Wie die Dublin-Studie 2010 ausweist, sind Arbeitnehmer, die mehr als 6 Monate Zeitarbeit leisten, den höchsten arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren ausgesetzt. Deshalb sei zu fordern, in Sanierungsvorhaben nur fest angestellte Beschäftigte einzusetzen. Die Kontrollergebnisse der europäischen Arbeitsinspektoren zeigten, dass gerade in kleinen Sanierungsfirmen die Beschäftigten nur eine geringe Qualifikation aufweisen. Dem steuert z.B. Frankreich entgegen, indem bei Asbestsanierung eine spezielle Qualifikation aller eingesetzten Beschäftigten nachzuweisen ist, nicht nur eines Sachkundigen wie in Deutschland. Die Europäische Vereinigung der Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter habe einen Vorschlag für das sichere Entfernen aller noch vorhandenen Asbestquellen gemacht, „Europa 2023 - Asbestfrei“, welcher praxisgerecht sei, aber zu seiner Realisierung einer Verzahnung mit erheblichen Mitteln der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bedürfe. Ganz generell bedürfe die Schadstoffsanierung einer intensiven Unterstützung durch die Öffentlichkeit.

Deutlich wurde in Beiträgen und Fachgesprächen am Rande auch, dass die Entwicklung von Erkenntnis und Technologie - wenn von solch finanziell schmerzlichen Erfahrungen wie der oben beispielhaft benannten Auftraggeber Berlin und Köln abgesehen wird - nicht allein ausreicht, um für den ausführenden Beschäftigten sichere und für den späteren Nutzer bzw. die Umwelt nachhaltige Sanierungen durchzusetzen. So fühlen sich eine Schimmelpilz-Sanierung anbietende Firmen bei der Auftragsvergabe benachteiligt, wenn sie die Schutzmaßnahmen nach BGI 858 berücksichtigende Angebote abgeben. Ohne Präsenz und Nachdruck der staatlichen und berufsgenossenschaftlichen Aufsicht wird hier ein bereits erreichter Standard preisgegeben.